

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 30. Juni 1949.

372/J

A n f r a g e

der Abg. Ing. W a l d b r u n n e r, K r i s c h , O l a h und Genossen
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
betreffend Unzukömmlichkeiten bei der Abwicklung des US War assets Credit.

.---.---.---.

Im Rahmen des US War assets Credit wurde der österreichischen Regierung ein Kreditvolumen von 10 Millionen eingeräumt, das nur zum geringen Teil ausgenützt wurde. Daran ist folgender Umstand schuldtragend: Der Verkauf der eingelangten Güter wurde der Kontrollbank A.G. übertragen. Es wäre naheliegend gewesen, von allen interessierten Kaufleuten Offerte für die Preisbedingung und die Übernahme einzuholen und das günstigste Angebot zu akzeptieren. Statt dessen hat das Handelsministerium eine Weisung herausgegeben, dass nur an den zuständigen Grosshandel verkauft werden darf. Selbst industrielle Grossverbraucher sind vom direkten Ankauf ausgeschlossen.

Da die auf Grund dieser Weisung allein zugelassenen Firmen jede für sich nur ausserordentlich niedrige Preise bieten oder die Übernahme einzelner Güter überhaupt ablehnen, besteht der dringende Verdacht, dass diese Weisung des Handelsministeriums, ohne dass dies vielleicht ursprünglich beabsichtigt war, einer Kartellbildung Vorschub leistet.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die zur Abwicklung des US War assets Credit ergangenen Weisungen aufzuheben und alle interessierten Kreise zur Angebotstellung zuzulassen?